

Frau Vorsteherin,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

anlässlich der letzten Bezirksverordnetenversammlung und meiner Kandidatur für das Bezirksamt Reinickendorf gab es Diskussionen über meine Person. Insbesondere in der veröffentlichten Debatte um meine Person sah und sehe ich meinen Lebenslauf auf den Kopf gestellt. In meiner Vorstellung am 24. November habe ich versucht, mein seit rund 40 Jahren verfolgtes Ziel einer integrativen, offenen und die Vielfalt dieser Stadt widerspiegelnden Gesellschaft anhand meines eigenen Lebens darzustellen. Zusammen mit vielen anderen Menschen bemühe ich mich seit vier Jahrzehnten darum, die politische und gesellschaftliche Teilhabe aller hier lebenden Menschen zu fördern. Ich habe Ihnen weiter von meinem Bemühen erzählt, den Menschen in dieser Stadt und darüber hinaus bewusst zu machen, dass Berlin Einwanderungsstadt und Zufluchtsort seit vielen Generationen ist. Und ich habe Ihnen von meinem Traum erzählt, in einer Stadtgesellschaft zu arbeiten, in der alle Menschen frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierungen und Angst leben können. Im Ergebnis dieser Vorstellung wurden meine soziale Integrität, meine beruflichen Erfahrungen und meine persönliche Eignung für ein politisches Exekutivamt in diesem Bezirk bezweifelt. Ich habe bislang dazu geschwiegen, auch um im sogenannten internen Politikbetrieb nicht Gräben aufzureißen, sondern diese eher zuzuschütten. Ich möchte mich nun hierzu äußern.

1. Zeit meines Lebens bin ich eine politische Person gewesen und bis heute geblieben. Gemäß dem Wortsinn des griechischen *ta politika*, "das, was die Stadt angeht", ist mein Verständnis von politischer Arbeit darin begründet. Das, was die Stadt angeht, das geht auch mich an. In der Funktion als in der Opposition befindliche CDU-Politiker haben ich und andere Widerspruch zu den Absichten und Planungen des amtierenden Senats formuliert, am Paracelsus Bad eine Modulare Unterkunft für Flüchtlinge zu errichten. Ich habe mich nicht fremdenfeindlich geäußert. Ich habe mich nicht gegen die Aufnahmen von Fluchtsuchenden geäußert. Ich habe keine rassistischen oder sonstig diskriminierenden Meinungen unterstützt oder gar formuliert. Vielmehr haben wir, habe ich, auf die bereits vorhandenen sozialen Missverhältnisse und die zum damaligen Zeitpunkt vorhandenen Überkapazitäten hingewiesen. Weiter habe ich alternative Standorte ins Gespräch gebracht, die auch die Unterstützung anderer erfahren haben. Der ehemalige SPD-Bundesparteivorsitzende Sigmar Gabriel sagte während eines Bundestagswahlkampfes: „Unser Kernproblem liegt darin, dass wir Politik zu wenig emotionalisieren. Zuspitzen, zuspitzen, zuspitzen. Die Partei dabei in Schwung zu bringen und zu halten ist der Job!“ Ich bedauere, dass im Rahmen einer solchen Zuspitzung allem Anschein nach die Inhalte der Diskussion nach hinten gedrängt wurden.
2. 18 Jahre meines Berufslebens habe ich in einer Bezirksverwaltung an exponierter Stelle gearbeitet. In diesen 18 Jahren diente ich einer Grünen-Bezirksbürgermeisterin, zwei SPD- sowie zwei CDU-Bezirksbürgermeistern. Ich arbeitete loyal, konstruktiv und

lösungsorientiert. Obwohl die Möglichkeit bestanden hätte, mich zu versetzen, hat keiner meiner Chefs dieses angestrengt. Auch wenn es naturgemäß bei dem einen oder anderen Thema anfangs unterschiedliche Auffassungen gegeben haben mag, so habe ich immer die dann formulierten Vorgaben und Richtlinien verfolgt und die gemeinsame Arbeit erfolgreich werden lassen. Die persönliche Besonderheit in diesen 18 Jahren liegt für mich darin, dass der Diskussionsbedarf mit den CDU-Bezirksbürgermeistern größer war als mit den anderen drei Amtsinhabern. Gemäß dem Bezirksverwaltungsgesetz arbeiten die Mitglieder des Bezirksamtes als Kollegialorgan. Kollegial, d.h. für seine Kolleginnen und Kollegen eintretend, ihnen helfend. Aufbauend auf die von der Zählgemeinschaft vereinbarte Geschäftsverteilung im neuen Bezirksamt erhielt ich seitens meiner Partei den Auftrag, für alle nominierten CDU-Kandidaten als Verhandlungsführerin mit dem designierten Bezirksbürgermeister mehrere Gespräche zu Personal-, Raum- und sonstigen Verwaltungsfragen vertraulich und immer unter dem Vorbehalt der zu erfolgenden Wahlen zu führen. Es schmerzt mich, dass dieser Auftrag leider als anmaßend missinterpretiert worden ist. Ich wiederhole, Kollegialität ist und bleibt für mich oberstes Gebot.

3. Ich habe 10 Jahre im Abgeordnetenhaus von Berlin mein Mandat als Mitglied jenes Hauses ausgeübt. Diese 10 Jahre waren von reiner Oppositionsarbeit geprägt. Ich habe der jeweiligen Regierungskoalition mir richtig erscheinende Argumente entgegengehalten. Ich habe versucht, zu überzeugen. Dazu müsste ich auch manchmal laut und fordernd werden. Dies ist die unbestreitbare Aufgabe legislativer Opposition. Ich bin mir mehr als bewusst, dass die Arbeit in der bezirklichen Exekutive ein anderes Verständnis, eine andere Arbeits- und Diskussionsmentalität voraussetzt. In den fünf Jahren meines politischen Lebens, in denen ich dieser Stadt als Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales dienen durfte, war ich mir dieser staatstragenden Verantwortung für eine sachorientierte Politik im Konsens mit dem Koalitionspartner zu jeder Zeit bewusst. Als Beispiel kann ich Ihnen meine Interdisziplinären Publikationen zum „Sondergipfel der Kinder- und Jugendhilfe Berlin“ sowie den „Einsamkeitsgipfel“ oder die Bundesweit einmalige fraktionsübergreifende „Integrierte Maßnahmeplanung des Berliner Netzwerkes gegen sexuelle Gewalt“ nennen. Meine Arbeit stand hier nie in der Kritik. Es steht außer Frage, dass dieser Stil auch meine künftige Arbeit im Bezirksamt Reinickendorf prägen wird. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns keinen Streit. Sie erwarten sachorientierte Auseinandersetzungen und Entscheidungen. Sie erwarten, dass die politischen Verantwortungsträger im Bezirk alle Weichen für eine positive Entwicklung von Leben, Umwelt, Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Sport, Bauen und Verkehr im Bezirk weiter mit der Sicherung und dem Ausbau von sozialem Engagement und gesellschaftlichem miteinander verbinden. Ich lebe seit mehr als 20 Jahren in diesem Bezirk. Er ist meine Heimat. Für diese möchte ich mich einsetzen, diese möchte ich bewahren und noch lebenswerter machen. Und dass – wenn Sie erlauben – gemeinsam mit einem starken Bezirksamt!